

**Entwurf der Resolution der PLO, vertreten durch ihren
Präsidenten Machmud Abbas, für den Status
Palästinas als eines „Non-member Observer State“
bei den Vereinten Nationen
New York, 26. November 2012**

Der Entwurf des Antrags wurde dem UN-Generalsekretariat am Abend des 26. November 2012 überreicht und soll in der UN-Vollversammlung am 29. November 2012 debattiert und ggf. darüber abgestimmt werden; genau an diesem Tag jährt sich zum 65. Mal die Entscheidung der UN-Vollversammlung über eine Zwei-Staaten-Lösung, einen „jüdischen Staat“ und einen „arabischen Staat“.

Bereits im Vorfeld zeichnete sich eine Zwei-Drittel-Mehrheit (sie ist mit 129 Voten gegeben) ab. Von den 27 EU-Staaten haben Dänemark, Frankreich, Irland, Österreich, (mit Vorbehalten)¹ Großbritannien und Spanien, dazu die Schweiz sowie die Regierungen Brasiliens, Chinas, Indiens, Russlands und Südafrikas die Absicht bekundet, dem Antrag zuzustimmen, während von Deutschland, Malawi, Togo, Tschechien und den USA eine Ablehnung bekannt war. Stimmenthaltung haben Australien, Estland, Italien, Litauen und die Niederlande angekündigt. Angesichts der bevorstehenden diplomatischen Niederlage bemühte sich die israelische Regierung, eine Abstimmung als eine technische und prozedurale Angelegenheit herunterzuspielen.

Ausgehend vom Prinzip gleicher Rechte und des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung nimmt der Entwurf Bezug auf zahlreiche UN-Resolutionen zum israelisch-palästinensischen Konflikt und ruft die Friedensinitiative der Arabischen Liga vom März 2002 als Blaupause für die Lösung des Konflikts in Erinnerung. Im siebenteiligen Forderungskatalog

¹ Vgl. die Eintragung am 28./29.11.2012 in der Menüleiste „Chronologie“ dieser Homepage mit der genauen Verteilung der Voten bei der Abstimmung über den Entwurf.

wird das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in ihrem Staat Palästina im palästinensischen Territorium bekräftigt, das seit 1967 besetzt ist;

wird von den Vereinten Nationen verlangt, Palästina den Status eines „Non-member Observer State“ zuzuerkennen, ohne die errungenen Rechte, Privilegien sowie die Rolle der PLO als Repräsentantin des palästinensischen Volkes in den Vereinten Nationen gemäß den einschlägigen Resolutionen und der Praxis zu beschädigen²;

drückt der Entwurf die Hoffnung aus, dass der UN-Sicherheitsrat die Bewerbung vom 23. September 2011 seitens des Staates Palästina zum Erwerb der vollen Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen günstig bedenkt;

bestätigt der Entwurf die Entschlossenheit, zur Erlangung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes und zu einer friedlichen Regelung im Nahen Osten beizutragen, die die Besatzung seit 1967 beendet und die Vision der zwei Staaten erfüllt, eines unabhängigen, souveränen, demokratischen, [territorial] zusammenhängenden und lebensfähigen Staates Palästina an der Seite Israels in Frieden und Sicherheit auf der Grundlage der Grenzen vor 1967;

drückt der Entwurf das dringende Bedürfnis nach Wiederaufnahme und Beschleunigung von Verhandlungen im Nahost-Friedensprozess aus auf der Grundlage der einschlägigen UN-Resolutionen, der Anleitungen [der internationalen Friedenskonferenz Ende Oktober 1991] von

² Der Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen wurde der PLO im November 1974 zuerkannt.

Madrid, einschließlich des Prinzips „Land für Frieden“, der Arabischen Friedensinitiative und der „Road Map“ des [Nahost-] Quartetts, zur Erlangung einer gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedensregelung zwischen der palästinensischen und der israelischen Seite, die alle ausstehenden zentralen Themen regelt, vor allem das der palästinensischen Flüchtlinge, Jerusalems, der Siedlungen, der Grenzen, der Sicherheit und des Wassers;

verlangt der Entwurf von allen Staaten, speziellen Einrichtungen und Organisationen im System der Vereinten Nationen, dem palästinensischen Volk Unterstützung und Beistand bei der frühzeitigen Realisierung seines Rechts auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Freiheit zu leisten;

fordert der Entwurf den [UN]-Generalsekretär auf, die notwendigen Maßnahmen zur Erfüllung der aktuellen Resolution³ zu treffen und der Vollversammlung innerhalb von drei Monaten über diesbezügliche Fortschritte zu berichten.

Es fällt auf, dass der Entwurf die Erklärung der virtuellen Unabhängigkeit Palästinas vom November 1988 nicht erwähnt und dass er eine Reihung der zentralen Konfliktfelder vornimmt. Ein Sprecher des Außenministeriums hatte noch am 27. November 2012 in Berlin auf Nachfrage erklärt, dass sich die Bundesregierung um eine Abstimmung mit den EU-Partnern bemühe. Außenminister Guido Westerwelle hatte jedoch schon zuvor einen palästinensischen Alleingang nach New York abgelehnt und von Machmud Abbas die bedingungslose Rückkehr an den Verhandlungstisch gefordert.

³ Gemeint ist diese Vorlage zur nachfolgenden Resolution.